

Forum-Gewerberecht | Spielrecht | 2013-05-15 Deutscher Städtetag fordert drastische Einschränkungen im Automaten-Glücksspiel

Autor	Beitrag
<p>gmg 15.05.2013 16:20</p>	<p>Deutscher Städtetag fordert drastische Einschränkungen im Automaten-Glücksspiel:</p> <p>Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Spielsucht einzudämmen und in diesem Bereich eine wirksame Suchtprävention zu gewährleisten. "Vor allem die Ausbreitung des Automaten-Glücksspiels muss endlich wirkungsvoll bekämpft werden. Wir haben es hier mit einem ernstzunehmenden gesellschaftspolitischen Problem zu tun", sagt der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf der neuen Spielverordnung müsse in mehreren Punkten verschärft werden.</p> <p>Nach der neuen Spielverordnung soll zwar in Gaststätten die zulässige Zahl an Geldspielgeräten von drei auf eins begrenzt werden. Es sei aber nicht nachvollziehbar, warum überhaupt solche Geräte in Gaststätten stehen müssten. "Ein Verbot von Geldspielgeräten in Gaststätten wäre ein klares Signal, dass die Bundesregierung die Bekämpfung der Spielsucht wirklich ernsthaft angeht", so Maly. Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung fordert ein solches Verbot, insbesondere weil das Spielverbot für unter 18jährige in Gaststätten zumeist nicht eingehalten werde</p> <p>Hier geht es zur vollständigen Pressemitteilung</p> <p>Gibt es morgen - beim Treffen der CdS - schon Entscheidungen??</p> <p>Grüße</p>
<p>Meike 16.05.2013 05:56</p>	<p>Hier die Ort und Zeitangabe</p> <p>http://www.thueringen.de/medienservice/termine/</p> <p>16.05.2013</p> <p>Thüringer Staatskanzlei 09:00 Ministerin Marion Walsmann Konferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder Teilnahme der Ministerin Ort: Berlin, Landesvertretung, Mohrenstraße 64</p>
<p>gmg 16.05.2013 07:57</p>	<p>Nachmittags Fortsetzung??</p> <p>Thüringer Staatskanzlei 15:00 Ministerin Marion Walsmann Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien Teilnahme der Ministerin Ort: Berlin, Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p>gmg 16.05.2013 16:33</p>	<p>Es hat genau 1 Tag gedauert, bis die Widerrede der "Deutschen Automatenwirtschaft" veröffentlicht worden ist:</p> <p>Zitat on „Wir sind nicht die Prügelknaben“ – Deutsche Automatenwirtschaft zu den Forderungen des Deutschen Städtetages vom 15.05.2013 Veröffentlicht am 16. Mai 2013</p> <p>Kooperation statt Prohibition</p> <p>Berlin. Die Deutsche Automatenwirtschaft weist die Forderungen des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Nürnbergs OB Maly, nach weiteren rechtlichen Beschränkungen des gewerblichen Automatenspiels scharf zurück. „Herr Maly beklagt eine `Verschandelung der Städte durch Spielhallen und weist die Verantwortung dafür der Automatenwirtschaft zu: Er zeigt dabei mit dem Finger auf die Wirtschaft, anstatt sich ehrlicher Weise zur eigenen Verantwortlichkeit zu bekennen, so der Sprecher der Automatenwirtschaftsverbände, Dirk Lamprecht. „Der Präsident des Deutschen Städtetages beklagt den baulichen Zustand in den Kommunen, den diese durch Anwendung der seit 23 Jahren geltenden Baunutzungsverordnung und anderer Vorschriften längst hätten wirkungsvoll regeln können,“ so Dirk Lamprecht weiter. „Es entsteht der Eindruck, die Kommunen seien der Ansiedlung von Vergnügungsstätten hilflos ausgeliefert – dabei erteilen die Kommunen selbst die entsprechenden Gewerbeerlaubnisse und Baugenehmigungen – und nicht der Spielhallenbetreiber.“</p> <p>.....</p> <p>Hier noch der wichtigste Satz: Vielmehr sei die Deutsche Automatenwirtschaft bereit, in enger Kooperation mit den Kommunalverwaltungen für eine sozialverträgliche Integration von Spielangeboten in den städtischen Alltag zu sorgen.</p> <p>Die vollständige Meldung gibt es hier.</p> <p>Grüße</p>
<p>Meike 17.05.2013 04:27</p>	<p>http://www.radiomuelheim.de/Lokalnachrichten.857+M58941bfecfc.0.html</p> <p>16.05.2013 16:30</p> <p>Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld will das Automaten-Glücksspiel in Gaststätten verbieten.</p> <p>Als Vize-Präsidentin des Deutschen Städte-Tages vertritt sie dessen Haltung, dass die Spielsucht deutlicher eingedämmt werden muss.</p> <p>Mühlenfeld und der Deutsche Städtetag kritisieren, der Entwurf der neuen Spielverordnung der Bundesregierung gehe nicht weit genug. Er sehe lediglich vor, dass in jeder Gaststätte nur noch ein Gerät erlaubt ist. Mühlenfeld ist für ein Komplett-Verbot. Darüber hinaus müsse darüber diskutiert werden, ob Glücksspielgeräte nicht sogar ausschließlich in Casinos gehören. Dann gäbe es auch in Spielhallen nur noch Geräte ohne Gewinnmöglichkeiten. Den Angaben zufolge gibt es allein in Mülheim 62 Spielhallen mit 637 Glücksspielautomaten. Dazu kommen 170 Geräte in Mülheimer Gaststätten.</p>

Autor	Beitrag
LKKS 17.05.2013 07:40	Deine Zahlen verdeutlichen mE eines: Die Automaten in Gaststätten sind NICHT das eigentliche Problem.
Beobachter 17.05.2013 17:38	Oh doch! Das ist die Einstiegsdroge, dort wird man erst angefixt. Dann kommt der erste Besuch in einer Spielhalle wenn man Pech hat bleibt man da hängen. Die Wahrscheinlichkeit ist dabei sehr groß.
Meike 18.05.2013 05:15	Hallo LKKS, wenn man von Problemen im Bereich des Glücksspiels sprechen will, sollte man das Glücksspiel immer Ganzheitlich betrachten und nicht nur einen kleinen Part, wie hier die Glücksspielautomaten herausgreifen, wobei ich persönlich bezweifel, dass alle aufgestellten Automaten tatsächlich bekannt sind. ABER Weißt Du denn z.B. wie viele Tipomaten in Eurer Stadt aufgestellt sind, bzw. Sportwettvermittlung angeboten wird, gegen die in großem Umfang gar nicht vorgegangen wird, weil das Konzessionierungsverfahren noch läuft? Weißt Du denn z.B. wie viele Pokerturniere in Eurer Stadt stattfinden, die angeblich so harmlos seien, weil nur gesponserte Preise? Das Anfüttern von neuen Spielern in Gaststätten findet doch auch in puncto Sportwette und den angeblich (schau auf die Erlaßlagen der Länder) problemlosen gesponserten Pokerturnieren statt. Da sollte man mal einen richtigen Iststand erheben und nicht die halbherzigen Fragebögen an die Kommunen herauschicken. Dann hätte man eine Gesamtzahl, dann könnte man z.B. mal den Gelddurchfluss hochrechnen und auch neben Therapiezahlen ganz andere Zahlen z.B. die PKS beginnen kritisch zu bewerten. VG Meike

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: